

Beteiligungsbericht 2023

Gemeinde Malschwitz



Inhaltsverzeichnis

Unternehmen des privaten Rechts

KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft an der Energieversorgung
Sachsen Ost mbH

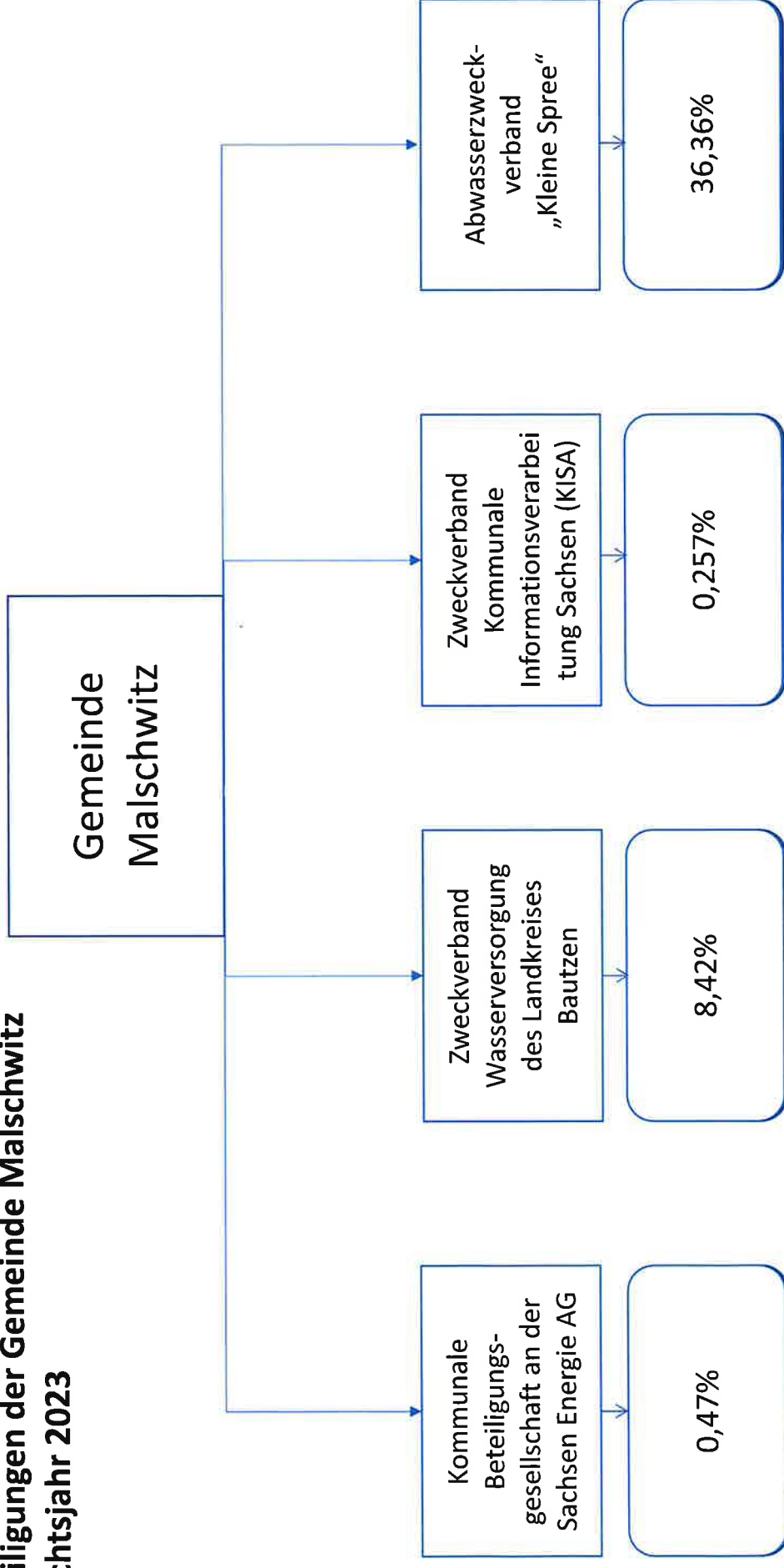
Zweckverbände

Zweckverband Wasserversorgung des Landkreises Bautzen

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Abwasserzweckverband „Kleine Spree“

**Beteiligungen der Gemeinde Malschwitz
Berichtsjahr 2023**



Beteiligungsbericht der Gemeinde Malschwitz für das Geschäftsjahr 2023 gemäß § 99 SächsGemO

Kurzübersicht der einzelnen Beteiligungsberichte

(Die kompletten Berichte befinden sich im Anhang!)

1. KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost

1.1. Allgemeine Angaben

Firma: KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost, Sebnitz

Sitz: Kirchstraße 5

01855 Sebnitz

Geschäftsadresse: Dresdner Straße 48

01844 Neustadt in Sachsen

Telefon (0 35 96) 56 12 40

Telefax (0 35 96) 56 12 41 kbo@kbo-online.de

Gründung: Die Gesellschaft wurde am 8. September 1995 unter der Firma "Kommunale Beteiligungsgesellschaft an der Energieversorgung Sachsen Ost mbH" (kurz: KBO) gegründet. Die Gesellschaft wurde am 12. März 1996 unter der HRB-Nr. 12833 am Amtsgericht Dresden eingetragen. Die Gesellschaft wurde in der Gesellschafterversammlung am 18. November 2008 in „KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost“ umfirmiert. Die Eintragung am Amtsgericht Dresden erfolgte am 3. Dezember 2008.

Gegenstand des Unternehmens ist das Halten und Verwalten von Beteiligungen, insbesondere an der ENSO Energie Sachsen Ost AG, und die Wahrnehmung aller Rechte und Pflichten, die sich aus der Beteiligung an dieser Gesellschaft ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und aktienrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Gesellschafter. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben,

1. in der Hauptversammlung der ENSO AG und – soweit gesetzlich zulässig – in deren Aufsichtsrat die Interessen ihrer Gesellschafter bestmöglich zu vertreten; dies betrifft insbesondere das Interesse der Gesellschafter an einer möglichst hohen und nachhaltigen Ausschüttung von Dividenden;
2. in Angelegenheiten des gemeinsamen Interesses der Gesellschafter tätig zu werden;
3. die Interessen der Gesellschaftergesamtheit in allen Fragen der Versorgung gegenüber der ENSO AG, den staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
4. die Gesellschaftergesamtheit und im Ausnahmefall auch Dritte in allen Fragen der Versorgung zu beraten.

Rechtsform: GmbH

Handelsregister: Amtsgericht Dresden, Abteilung B, Nr. 12833

Ersteintragung: 12.03.1996

Letzte Änderung: 30.11.2017 (Änderung der Satzung, GV 21.11.2017)
Stammkapital: 20.144.184 EUR

Geschäftsführung: Katrin Fischer

Mitarbeiter: Geschäftsführerin und 1 Angestellte

Aufsichtsrat:

Frank Schöning, Bürgermeister der Gemeinde Kreischa
(Aufsichtsratsvorsitzender)

Frank Peuker, Bürgermeister der Gemeinde Großschönau
(Erster Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden)

Heiko Driesnack, Bürgermeister der Stadt Königsbrück
(Zweiter Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden)

Willem Riecke, Bürgermeister der Stadt Herrnhut

Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

Andrea Beger, Bürgermeisterin der Stadt Nünchritz

Dr. Sven Mißbach, Oberbürgermeister der Stadt Großenhain

Peter Mühle, Bürgermeister der Stadt Neustadt in Sachsen

Michaela Ritter, Bürgermeisterin der Stadt Radeburg

Stefan Schneider, Bürgermeister der Stadt Großröhrsdorf

Tobias Steiner, Bürgermeister der Gemeinde Oybin

Achim Wünsche, Bürgermeister der Gemeinde Schmölln- Putzkau

Gesellschafter: 147

Eine Auflistung der Gesellschafter ist als **Anlage 3.1** beigefügt.

Treugeber: 4

Eine Auflistung der Treugeber ist als **Anlage 3.2** beigefügt.

Gremien: Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat

Abschlussprüfer: ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft, Dresden

**1.2. Lagebericht der KBO für das Geschäftsjahr vom 1.
September 2022 bis zum 31. August 2023**

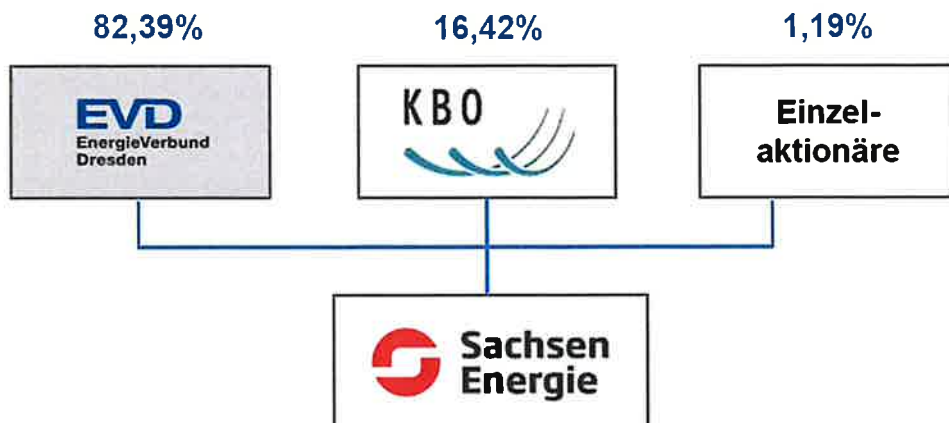
I. Grundlagen des Unternehmens
1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die KBO hält eine Beteiligung in Höhe von 16,42 % an der SachsenEnergie AG und nimmt alle sich aus dieser Beteiligung ergebenden Rechte und Pflichten wahr. Die KBO besitzt 675.769 Aktien an der SachsenEnergie AG. Davon werden 3.884 Aktien von der KBO treuhänderisch für 4 Kommunen verwaltet.

An der KBO sind 146 Gesellschafter beteiligt. Das Stammkapital beträgt

20.144.184 EUR. Die KBO hält eigene Anteile von 383.500 EUR.

Beteiligungsstruktur der SachsenEnergie AG zum 31.08.2023



Die SachsenEnergie AG ist ein Konzernunternehmen der Technischen Werke Dresden GmbH (TWD). Die TWD ist die konzernsteuernde kommunale Management-, Finanz- und Steuer-Holding der Landeshauptstadt Dresden mit den Geschäftsbereichen der Energie- und Wasserversorgung, der Entsorgung, des öffentlichen Nahverkehrs, der Dresdner Bäder sowie ergänzender Dienstleistungen. Die Unternehmen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung sind seitens der TWD in der EnergieVerbund Dresden GmbH (EVD) konzentriert.

Das Grundkapital der SachsenEnergie AG beträgt 210.978.927,50 EUR, dem 4.116.662 Aktien gegenüberstehen.

I. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2022 war durch eine dynamische, zeitlich kurz getaktete und umfangreiche Energiegesetzgebung gekennzeichnet. Neben den regulären Vorhaben war die Bewältigung der aus dem Ukrainekrieg resultierenden energiewirtschaftlichen Auswirkungen der wesentliche Treiber. Im Zentrum der Gesetzgebung standen die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, insbesondere für Erdgas

-Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energie im Strom- und Wärmemarkt sowie die -soziale Flankierung und Begrenzung von Extrempreisen für Industrie, Gewerbe und Haushalte.

Als Reaktion auf die energiewirtschaftlichen Auswirkungen des Ukrainekriegs in der Europäischen Union wurde auf europäischer Ebene das Programm REPowerEU verabschiedet. Des Weiteren wurde die Einführung eines europäischen Gaspreisdeckels auf Großhandelsebene vereinbart.

Begleitend zu den Zielen der Energiewende ist auch, die Regulierung der Strom- und Gasnetze an die sich ergebenden Herausforderungen anzupassen. Einen Schritt in diese Richtung ging die Bundesnetzagentur mit ihrer Festlegung, dass Gasnetzanlagen, die ab

2023 aktiviert werden, kalkulatorisch bis zum Beginn des Jahres 2045 abgeschrieben werden können.

Im Nachgang der Erstellung des „Energie- und Klimaprogramm Sachsen 2021“ verabschiedete das sächsische Kabinett im Januar 2022 die sächsische Wasserstoffstrategie. Ihre zwei zentral verfolgten Ziele sind, mit Wasserstoff einen signifikanten Beitrag zur Sektorkopplung zu leisten und bis zum Jahr 2030 eine Wasserstoffwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette aufzubauen.

Die SachsenEnergie AG beteiligt sich an ausgewählten perspektivreichen Projekten im Bereich von Forschung und Entwicklung, aus denen Ansätze für neue Dienstleistungen Effizienzverbesserungen oder eine noch bessere Servicequalität hervorgehen können. Die Energiemärkte hatten in 2022 erhebliche Preissteigerungen infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zu verzeichnen. Aufgrund des starken Anstiegs von Gas- und Strompreisen wurden Erzeugungskapazitäten aus der Versorgungsreserve wieder ans Netz gebracht. Durch den Wegfall der Erdgaslieferungen aus Russland hat der Preis für LNG erheblich an Bedeutung gewonnen. Für den Import von LNG wurden zusätzliche Terminals in Deutschland in Betrieb genommen.

2. Geschäftsverlauf der SachsenEnergie AG im Jahr 2022

Die SachsenEnergie AG zieht für das Geschäftsjahr 2022 eine positive Bilanz. Mit 168,7 Mio. EUR liegt das Ergebnis vor Ergebnisabführung weit über dem Vorjahreswert (121,3 Mio. EUR) und auch über dem Plan- wert (161,7 Mio. EUR).

Ergebnisminderungen resultieren in großem Maße aus den im Jahr 2022 eingestellten Rückstellungszuführungen für drohende Verluste Strom und Gas als Folge der aktuellen Situation an den Strom- und Gasmärkten.

Die Umsatzerlöse liegen mit 2.626,2 Mio. EUR um 1.137,4 Mio. EUR über dem Vorjahr. Der Materialaufwand beträgt 2.445,3 Mio. EUR (Vj. 1.325,5 Mio. EUR). Ausschlaggebend für den Anstieg sind in erster Linie die preisbedingt höheren Strom- und Gasbezugsaufwendungen. Die Absatzmengen von Strom und Gas sind in 2022 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 72,1 Mio. EUR um 40,4 Mio. EUR über dem Vorjahr. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Erträgen aus der Inanspruchnahme und der Auflösung von Rückstellungen.

Der Personalaufwand liegt mit 38,4 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (34,9 Mio. EUR). Der gestiegene Personalaufwand ist im Wesentlichen auf eine durchschnittlich höhere Mitarbeiteranzahl gegenüber dem Vorjahr und auf Vergütungssteigerungen zurückzuführen. Die Abschreibungen betragen 60,5 Mio. EUR und liegen aufgrund des unverändert hohen Investitionsvolumens und durch außerplanmäßige Abschreibungen um 6,9 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 135,6 Mio. EUR (Vj. 97,4 Mio. EUR) sind vor allem aufgrund von Rückstellungszuführungen für drohende Verluste aus Strom- und Gasverkäufen angestiegen.

Das Finanzergebnis von 159,3 Mio. EUR enthält mit 15,2 Mio. EUR einmalige Gewinne aus dem Abgang von Finanzanlagen. Darüber hinaus sind die Erträge aus Gewinnabführungen, insbesondere aus

Gewinnabführungen der DREWAG, angestiegen. Die Übernahme der Verluste der SachsenNetze und der SachsenServices aufgrund der Verlustausgleichsverpflichtungen aus

den Gewinnabführungsverträgen wirkt sich 2022 mit -7,5 Mio. EUR negativ auf das Jahresergebnis aus.

Das Investitionsvolumen der SachsenEnergie AG betrug im Jahr 2022 114,9 Mio. EUR (Vj. 114,1 Mio. EUR). Schwerpunkt bildeten dabei die Investitionen in die Erneuerung und Erweiterung der Stromverteilungsanlagen, der Ausbau der Gasbezugs- und Verteilungsanlagen sowie der Ausbau der Informationsnetze.

Die SachsenEnergie-Gruppe baut seit 2015 die Breitbandinfrastruktur im Netzgebiet stufenweise aus. In 2022 wurden 30,2 Mio. EUR investiert.

Mit der Fertigstellung eines Anbaus an das Bestehende Gebäude CITY CENTER ist eine neue gemeinsame Hauptverwaltung des SachsenEnergie Konzerns entstanden, das SachsenEnergie Center. Aufgrund eines schnelleren Baufortschritts konnte der Anbau nach dreijähriger Bauphase bereits am 01.07.2022 in Betrieb genommen werden. Das alte Bestandsgebäude wird seitdem umfassend saniert. Nach abgeschlossener Sanierung sollen ab Mitte 2024 die Netzgesellschaften diese Räume beziehen.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien hat SachsenEnergie mit der Übernahme des Firmenverbundes aus Dachdeckerei Quittel GmbH in Weinböhla und Photovoltaik-Installationsunternehmen Ampere Solar GmbH mit Sitz in Dresden den weiteren Ausbau des Photovoltaik-Geschäfts auf den Weg gebracht.

Der Nordraum von Dresden ist versorgungstechnisch von wasserintensiven Industrieansiedlungen mit sich weiter erhöhenden Bedarfen geprägt. Für die Versorgung dieser Industrie mit Spezialprozesswasser wurde die Sachsen Industriewasser GmbH gegründet.

Im Bereich der Telekommunikationsdienstleistungen wurde im Oktober 2022 ein Vertrag für die Wholebuy-Fähigkeit in Ostsachsen abgeschlossen, der der SachsenGigaBit ermöglicht, Produkte künftig flächendeckend in ganz Ostsachsen anbieten zu können.

Die Investitionen waren zum großen Teil fremdfinanziert. Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gesichert.

Der SachsenEnergie-Konzern war auch im Jahr 2022 ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in der Region Ostsachsen, der 3.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt und ausbildet.

Das Energieverbraucherportal hat der SachsenEnergie AG für das Jahr 2022 erneut das TOP-Lokalversorger-Siegel in den Sparten Strom und Gas verliehen. An diesem Siegel erkennen Kunden auf einen Blick ein Energieunternehmen mit transparenter Preispolitik, Engagement und Investitionen in die eigene Region, einen hohen Stellenwert an Umweltgesichtspunkten und mit einer hohen Servicequalität.

Die SachsenEnergie AG betreibt seit dem Jahr 2008 ein Umweltmanagementsystem. Im Jahr 2022 fand ein Überwachungsaudit statt, durch das die Verbesserung der umweltbezogenen Leistung und die Wirksamkeit des Managementsystems bestätigt wurden.

3. Wirtschaftliche Lage der KBO im Geschäftsjahr 2022/2023

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022/2023 hat die KBO einen Jahresüberschuss in Höhe von 13.835,3 TEUR erzielt.

Das Ergebnis wird maßgeblich von den Beteiligungserträgen aus der Festen Ausgleichszahlung der SachsenEnergie AG (vormals ENSO AG) bestimmt. Die KBO erhielt

entsprechend ihrer Aktienzahl eine Zahlung von 14.667,3 TEUR. Dies entspricht der vertraglich vereinbarten Festen Ausgleichszahlung von 21,83 EUR je Aktie.

Mit Datum vom 10.12./11.12.2020 hat die KBO einen Beratervertrag mit der TWD für Leistungen einer möglichen Zusammenarbeit zwischen TWD und den ostsächsischen Kommunen geschlossen. Im Geschäftsjahr erzielte die KBO im Zusammenhang mit diesem Vertrag Umsatzerlöse in Höhe von 60 TEUR.

Im Aufwandsbereich sind als größte Kostenpositionen Personalkosten in Höhe von 84 TEUR, Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 32 TEUR sowie Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von 37,3 TEUR hervorzuheben. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten (Darlehensentgelt und Kompensationszahlung) in Höhe von 417,7 TEUR enthalten, die im Zusammenhang mit dem zwischen EVD und KBO abgeschlossenen Aktienleihvertrag stehen.

Der Zinsaufwand in Höhe von 365,8 TEUR ist im Geschäftsjahr im Zusammenhang mit dem gestundeten Kaufpreis für die zugekauften Aktien von der EVD angefallen. Der Zinsertrag in Höhe von 76,2 TEUR betrifft im Wesentlichen Zinsen aus Geldanlagen. Der Plan-Ist-Vergleich für das Berichtsjahr 2022/2023 weist folgende Werte aus:

	Plan in TEUR	Ist in TEUR	Abweichung in TEUR
Einnahmen	14.737,7	14.807,1	69,4
davon Beteiligungserträge	14.667,2	14.667,2	0,0
Ausgaben	1.046,8	971,8	-75,0
Jahresergebnis	13.690,9	13.835,3	144,4
Tilgung	3.818,2	3.818,2 (fällig zum 01.10.2023)	0
ausschüttbares Jahresergebnis	9.872,7	10.017,1	144,4

Die Abweichungen beim Plan-Ist-Vergleich betreffen im Wesentlichen höhere Zinserträge sowie einen geringeren Aufwand für Rechts- und Beratungskosten.

Die Geschäftsführung schlägt nach dem vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022/2023 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 9.473,9 TEUR vor. Dies entspricht wie geplant einer Gewinnausschüttung je Geschäftsanteil von 0,48 EUR.

b) Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2022/2023 zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes.

	GJ 2022/2023 TEUR	GJ 2021/2022 TEUR
Mittelzu-/abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+14.511	+13.871
Mittelzu-/abfluss aus Investitionstätigkeit	0	-1
Mittelzu-/abfluss aus Finanzierungstätigkeit	-1.870	-12.387

Zahlungswirksame Finanzmittelbestandes	Veränderung	des +12.641	+1.483
Finanzmittelbestand am 31.08.		15.024	2.383

Die Finanzierungstätigkeit im Geschäftsjahr betrifft die Auszahlung an Gesellschafter (Restzahlung Vorjahr) in Höhe von 1.580 TEUR. Die planmäßige Tilgung für den Kaufpreis der zugekauften Aktien in Höhe von 3.818 TEUR ist zum 01.10.2023 fällig und betrifft somit das folgende Geschäftsjahr. Im Vorjahr erfolgte die Tilgung vorzeitig im Juli 2022 vor Fälligkeit. Die Auszahlung der Dividende an die Gesellschafter ist für November 2023 geplant. Dies begründet den im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Finanzmittelbestand zum Bilanzstichtag.

Die Kennzahlen zur Liquidität haben sich in den letzten 3 Jahren wie folgt entwickelt:

	GJ 2022/2023	GJ 2021/2022	GJ 2020/2021
Effektivverschuldung (FK-UV)	42.407 TEUR	54.701 TEUR	59.899 TEUR
Kurzfristige Liquidität (UV/kurzfristige Verbindlichkeiten)	357 %	20.965 %	25.827 %

Die Verschuldung ist im Geschäftsjahr aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Finanzmittelbestandes gesunken.

Die kurzfristige Liquidität ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der noch nicht geleisteten Tilgung und damit höherer Verbindlichkeiten gesunken. Die Liquidität war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der KBO beträgt 110.443 TEUR. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr um 12.669 TEUR angestiegen. Das Anlagevermögen beträgt unverändert zum Vorjahr 95.347 TEUR und besteht im Wesentlichen aus Finanzanlagen (Beteiligung an der SachsenEnergie AG).

Das Umlaufvermögen in Höhe von 15.095 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 12.702 TEUR erhöht und besteht im Wesentlichen aus Geldanlagen und Guthaben bei Banken.

Das Eigenkapital beträgt 52.919 TEUR und ist im Vergleich zum Vorjahr um 12.255 TEUR angestiegen, da abweichend zum Vorjahr noch keine Ausschüttung an die Gesellschafter gezahlt wurde. Die Eigenkapitalquote hat sich entsprechend von 42 % im Vorjahr auf 48 % erhöht.

Die Verbindlichkeiten betragen 57.502 TEUR (Vj. 57.094 TEUR) und bestehen zu 36.118 TEUR aus dem von EVD gestundeten Kaufpreis für die zugekauften Aktien sowie zu 21.297 TEUR aus der Rückgabeverpflichtung für die von EVD geliehenen Aktien. Die Zahlung der Annuitätenrate in Höhe von 4.181 TEUR erfolgt vertragsgemäß zur Fälligkeit am 01.10.2023. Im Vorjahr erfolgte die Zahlung der Rate vorzeitig vor Fälligkeit.

4. Finanzielle / Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung von wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren der letzten 3 Jahre zusammengefasst:

	GJ 2022/2023	GJ 2021/2022	GJ 2020/2021
--	---------------------	---------------------	---------------------

Investitionsdeckung	Keine Investitionen	193 %	146 %
Vermögensstruktur	86 %	98 %	99 %
Fremdkapitalquote	52 %	58 %	63 %
Eigenkapitalquote	48 %	42 %	37 %
Eigenkapitalrendite	26 %	34 %	27 %
Gesamtkapitalrendite	13 %	14 %	10 %

Die Vermögensstruktur hat sich aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Bilanzsumme verringert. Das Anlagevermögen ist nahezu unverändert vollständig durch die Finanzanlagen (Beteiligung an der SachsenEnergie AG) bestimmt. Die Fremdkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme verringert. Die Eigenkapitalquote hat sich erhöht, da die Ausschüttung an die Gesellschafter nach dem Bilanzstichtag erfolgt.

Die Renditekennzahlen haben sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der geänderten Ausschüttungspolitik (keine Vorabausschüttung) leicht verringert.

Aufgrund des Geschäftsmodells der KBO wird auf die Implementierung von nichtfinanziellen Leistungsindikatoren verzichtet.

5. Gesamtaussage

Der Geschäftsverlauf der KBO ist maßgeblich mit der Entwicklung der SachsenEnergie AG verknüpft. Die SachsenEnergie AG erzielte im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss in Höhe von 79 Mio. EUR (Vj. 21 Mio. EUR). Der Jahresüberschuss wurde zur Stärkung der Eigenkapitalquote vollständig der Gewinnrücklage zugeführt. Die Feste Ausgleichszahlung an die KBO betrug 21,83 EUR/Aktie und bestimmt damit den im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Beteiligungsertrag in Höhe von 14.667 TEUR. Der Beteiligungsertrag bestimmt im Wesentlichen das Jahresergebnis der KBO.

II. Prognosebericht

1. SachsenEnergie AG

Gemäß dem Wirtschaftsplan soll in 2023 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 175 Mio. EUR erwirtschaftet werden, welches damit auf dem Vorjahresniveau liegen wird. Einen wesentlichen Teil des Unternehmensergebnisses machen die Ergebnisübernahmen aus den Abführungsverträgen (insbesondere DREWAG) aus.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind weiterhin weder geopolitisch noch energiepolitisch und wirtschaftlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt absehbar. Somit sind auch eine belastbare Prognose und eine vollumfängliche Bewertung der Folgen für Unternehmen und Verbraucher nicht möglich. Die SachsenEnergie AG beobachtet die Lage genau und bewertet sie regelmäßig entlang der bestehenden Vorsorgepläne neu. Für das Jahr 2023 erwartet die SachsenEnergie AG zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein im Vergleich zur Planung höheres EBIT.

Für 2023 beinhaltet der Investitionsrahmen der SachsenEnergie AG Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 326,7 Mio. EUR. Schwerpunkte neben den Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Netzbereich sind der Ausbau der Breitbandinfrastruktur, Investitionen in die Informationsverarbeitung und die Telekommunikationsnetze, Ersatz und

Erweiterung der Liegenschaften (u.a. Sanierung des Bestandsgebäudes CITY CENTER), Errichtung von Photovoltaikanlagen sowie Investitionen in Finanzanlagen.

2. KBO

Die Geschäftsführung der KBO geht für die Planungsperiode 2023/2024 von einer positiven Geschäftsentwicklung der SachsenEnergie AG aus. KBO erhält aufgrund eines zwischen SachsenEnergie AG und EVD bestehenden Ergebnisabführungsvertrages für die Dauer von 10 Jahren eine Feste Ausgleichszahlung in Höhe von 21,83 EUR/Aktie. In diesem Zeitraum soll der gestundete Kaufpreis für die zugekauften Aktien an EVD getilgt werden. Ab 2031 sinkt die feste Ausgleichszahlung auf einen Betrag von 14,81 EUR/Aktie.

Für die Gesellschafter der KBO wird für das Geschäftsjahr 2023/2024 eine Dividende in Höhe von 0,40 EUR/GA geplant.

III. Chancen- und Risikobericht

Die Entwicklung der KBO ist an die wirtschaftliche Entwicklung der SachsenEnergie AG und deren Tochterunternehmen geknüpft und somit auch an deren Chancen und Risiken. Für die Dauer des Gewinnabführungsvertrages zwischen der EVD und der SachsenEnergie AG erhält die KBO unabhängig vom wirtschaftlichen Ergebnis der SachsenEnergie AG jährlich eine Feste Ausgleichszahlung. Darüber hinaus besteht für die KBO die Chance ab dem Jahr 2025, bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der SachsenEnergie AG zusätzlich von einer Variablen Ausgleichszahlung zu partizipieren.

Die unternehmerischen Bedingungen im Umfeld der Energiebranche sind weiterhin herausfordernd. Die Unsicherheiten, insbesondere hinsichtlich der energiepolitischen Entscheidungen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sind nach wie vor sehr hoch. Die stark volatilen Preise sind mit hohen Risiken im Beschaffungs-, Vertriebs- und Erzeugungsbereich verbunden. Der Wettbewerbsdruck ist anhaltend hoch.

Auch künftig muss die Energiebranche mit tiefgreifenden Veränderungen, instabilen Rahmenbedingungen und volatilen Energiemärkten rechnen. Die Geschäftstätigkeit der SachsenEnergie AG ist demzufolge mit Risiken behaftet.

Vorteilhaft ist die thematisch breite Aufstellung sowie die diversifizierte Kundenstruktur der SachsenEnergie AG. Dies wird durch die Eingliederung der DREWAG verstärkt. Die umgesetzten Maßnahmen zur Risikobegrenzung sichern ein vielfältig zusammengesetztes Chancen- und Risikoprofil.

Obwohl die SachsenEnergie AG eine klare Ausrichtung hat, kann sie die Folgen globaler Krisen, die Umsetzung der klimapolitischen Ziele, die allgemeine Ressourcenverknappung und damit die weitere Entwicklung für den SachsenEnergie Konzern nur unzureichend in Gänze absehen. Die Prognose für das Geschäftsjahr 2023 ist deshalb weiterhin mit Unsicherheiten verbunden.

Sebnitz, 8. September 2023 Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost



Katrin Fischer Geschäftsführerin

Zweckverband Wasserversorgung des Landkreises Bautzen

Der Zweckverband Wasserversorgung des Landkreises Bautzen wurde 1993 gegründet. Gleichzeitig wurde die Satzung des Verbandes in ihrer Fassung vom 01.11.1993 beschlossen und am 06.01.1995 vom Landratsamt Bautzen genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung vom 27.11.2018 wurde am 31.01.2019 durch den Landrat des Landkreises Bautzen rechtsaufsichtlich genehmigt. Die 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung vom 26.06.2020 wurde am 05.08.2020 vom Landrat des Landkreises Bautzen rechtsaufsichtlich behördlich genehmigt und am 03.09.2020 im Sächsischen Amtsblatt veröffentlicht.

Sitz des Zweckverbandes Wasserversorgung Landkreis Bautzen ist Bautzen. Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

Zum Zweckverband gehören die Städte Bautzen, Wilthen, Weißenberg und Schirgiswalde sowie die Gemeinden Crostau, Doberschau-Gaußig, Göda, Großdubrau, Großpostwitz, Hochkirch, Kirschau, Kubschütz, Malschwitz, Neschwitz, Obergurig, Puschwitz, Radibor, Sohland a.d. Spree. Die Gesamteinwohnerzahl betrug zum 30.06.2022, 55.838 Einwohner.

Verbandsvorsitzender:

Markus Michauk

Bürgermeister der Gemeinde Großpostwitz

Stellvertretender Verbandsvorsitzender:

Michael Herfort

Bürgermeister der Stadt Wilthen

Gerd Schuster

Bürgermeister der Gemeinde Neschwitz

Verwaltungsrat:

Markus Michauk

Bürgermeister der Gemeinde Großpostwitz

Michael Herfort

Bürgermeister der Stadt Wilthen

Gerd Schuster

Bürgermeister der Gemeinde Neschwitz

Sven Gabriel

Bürgermeister der Stadt Schirgiswalde-Kirschau

Hagen Israel

Bürgermeister der Gemeinde Sohland

Thomas Polpitz

Bürgermeister der Gemeinde Obergurig

Matthias Seidel

Bürgermeister der Gemeinde Malschwitz

Alexander Fischer

Bürgermeister der Gemeinde Doberschau-Gaußig

Das Eigenkapital des Zweckverbandes beträgt 18.825.364,12 EUR und wurde als Finanzanlage in die Kreiswerke Bautzen Wasserversorgung GmbH eingebracht sowie als Anteil am Zweckverband Fernwasserversorgung Sdier. Der Beteiligungsanteil der *Gemeinde Malschwitz* beträgt 8,33 %. Der Zweckverband hat die Aufgabe, im Bereich seiner Verbandsmitglieder die Versorgung mit Trink- und Brauchwasser durchzuführen und die dafür erforderlichen technischen Anlagen zu errichten und zu betreiben. Der Zweckverband hat die Aufgabe der Wasserversorgung auf seine 100% ige Tochtergesellschaft Kreiswerke Bautzen Wasserversorgung GmbH übertragen. Das Stammkapital der Kreiswerke Bautzen-Wasserversorgung GmbH beträgt 12.500,00 Euro.

Der Verband finanzierte sich im Wirtschaftsjahr 2023 aus Umlagen der Mitgliedsgemeinden und Kostenerstattungen der Tochtergesellschaft KWBZ-Wasserversorgung GmbH für die bestehenden Darlehen sowie eine Gewinnausschüttung der Tochtergesellschaft in Höhe von 10.680 EUR. Die im Haushaltsjahr 2023 entstandenen Aufwendungen konnten damit gedeckt werden. Es ergab sich ein Jahresüberschuss von 86.535 EUR. Dieses ist

hauptsächlich durch die Anpassung des aktuellen Wertes des ZV FWV Sdier gegenüber dem Vorjahr begründet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich per 31.12.2023 auf 675 TEUR. Alle Darlehen wurden planmäßig getilgt und mit der KWBZ abgerechnet.

Die von der SAB erhaltenen Fördermittel in Höhe von 270 TEUR wurden entsprechend Weiterleitungsvertrag an die KWBZ ausgezahlt. Die Mittel werden ergebnisneutral über 10 Jahre aufgelöst.

Für das Haushaltsjahr 2024 erwartet der Verband ein ausgeglichenes Ergebnis. Nicht durch die Umlage gedeckte Aufwendungen sind durch eine Gewinnausschüttung der KWBZ auszugleichen. Weitere Darlehnsaufnahmen sind im Jahr 2024 und in den Folgejahren nicht geplant. Damit wird die Bilanzsumme des Zweckverbandes in den kommenden Jahren wieder zurückgehen.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Es gibt keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres.

Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Die Gemeinde Malschwitz ist Mitglied des Datenzweckverbandes „Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen“ (KISA). Im Rahmen der Mitgliedschaft nutzt die Gemeinde Malschwitz Softwareprodukte in den Bereichen Finanzwesen, Ordnungsamt, Meldewesen und Standesamt.

Außerdem ist die Verwaltung an das Kommunale Datennetz des Freistaates Sachsen (KDN III) angeschlossen.

KISA ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH) → 100%

Lecos GmbH (Rechenzentrum Stadt Leipzig) → 10%

ProVitako eG (Einkauf Hard- und Software) → 10 Geschäftsanteile

Komm24 GmbH (Umsetzung E-Gouvernement und Onlinezugangsgesetz) → 20%

Die Gemeinde Malschwitz unterhält folgende Anteile:

KISA (0,257 %), Lecos GmbH (51,40 Euro), KDN GmbH (154,19 Euro), Komm24 GmbH (12,85 Euro)

Die **einzelnen** Lageberichte sind aufgrund des erheblichen Umfangs im Anhang beigelegt.

Abwasserzweckverband Kleine Spree

1. Rechtliche Verhältnisse

Rechtsgrundlagen

Die Arbeitsgrundlagen des Abwasserzweckverband Kleine Spree sind insbesondere das Sächsische Wassergesetz (SachsWG), die Verbandssatzung und die Abwassersatzung. Diese Rechtsgrundlagen können beim Abwasserzweckverband Kleine Spree eingesehen bzw. im Internet unter www.azvspree.de nachgelesen werden.

Für die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes finden die für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften nach Maßgabe des § 58 Absatz 2 SächsKomZG unmittelbar Anwendung. Wirtschaftsjahr des Zweckverbandes ist das Kalenderjahr.

Der Verband umfasst die 3 Gemeinden Malschwitz, Großdubrau und Radibor mit 68 Ortsteilen in denen 12.005 Einwohner Stand per 31.12.2022 leben.

Gemeinde Malschwitz

Malschwitz, Baruth, Briesing, Brießnitz, Buchwalde, Cannewitz, Doberschütz, Dubrauke, Gleina, Kleinbautzen, Niedergurig, Pließkowitz, Preititz, Rackel, Brösa, Guttau, Halbendorf, Kleinsaubernitz, Lieske, Lömischau, Neudorf, Neudörfel, Ruhethal, Wartha

Gemeinde Großdubrau

Großdubrau, Brehmen, Commerau, Crosta, Dahlowitz, Göbeln, Jeschütz, Jetscheba, Kauppa, Kleindubrau, Klix, Kronförstchen, Magarethenhütte, Neusärchen, Quatitz, Särchen, Salga, Sdier, Spreewiese, Zschillichau

Gemeinde Radibor

Bornitz, Brohna, Camina, Cölln, Droben, Grünbusch, Großbrosern, Kleinbrosern Lippitsch, Lomske, Luppa, Luppédubrau, Luttowitz, Merka, Milkel, Milkwitz, Neu-Bornitz, Neu-Brohna, Quoos, Radibor, Schwarzadler, Strohschütz, Teicha, Wessel

Vertreter der Gemeinden

Großdubrau Herr Hardy Glausch (BM)

Herr Philipp Schlachte

Herr Roland Brauer Herr Dirk Petasch

Radibor

Frau Madeleine Rentsch (BM)

Herr Thomas Retschke

Herr Manfred Hörauf

Malschwitz

Herr Matthias Seidel (BM)

Herr Christian Knoblich

Herr Hagen Jurack

Frau Claudia Pallmann

Verantwortlichkeit im AZV Kleine Spree

Das oberste Gremium ist die Verbandsversammlung dessen

Verbandsvorsitzender	Herr Seidel - Bürgermeister der Gemeinde Malschwitz ist.
1. Stellvertreterin	Frau Rentsch - Bürgermeisterin der Gemeinde Radibor
2. Stellvertreter	Herr Glausch - Bürgermeister der Gemeinde Großdubrau

Aufgaben des Verbandes

Gemäß § 4 der Verbandssatzung wurden folgende Aufgaben an den Abwasserzweckverband übertragen:

- ▶ Der Zweckverband hat die Aufgabe der öffentlichen Abwasserbeseitigung im Bereich der Verbandsmitglieder.
- ▶ Das Recht und die Pflicht der Verbandsmitglieder, die dem Zweckverband übertragenen Aufgaben zu erfüllen, und die notwendigen Befugnisse einschließlich der Satzungsgewalt gehen auf den Zweckverband über. Der Zweckverband erhebt Entgelte (Beiträge und Gebühren) von den Benutzern der Einrichtung.
- ▶ Der Zweckverband plant, erstellt, betreibt, unterhält und erneuert die zur Erfüllung der Verbands-Aufgaben notwendigen Anlagen und Einrichtungen. Er kann sich zur Erfüllung seiner Aufgabenbereiche eines Dritten bedienen.
- ▶ Der Zweckverband kann aufgrund schriftlicher Vereinbarungen und gegen Kostenersatz auch von Nichtverbandsmitgliedern Abwasser beseitigen, wenn hierdurch die Abwasserbeseitigung der Verbandsgemeinden nicht beeinträchtigt wird.
- ▶ Der Zweckverband ist gemäß § 8 Abs. 1 Sächsisches Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz (SächsAbwAG) für die Verbandsmitglieder anstelle der Kleineinleiter abgabepflichtig. Der Verband ist gemäß § 8 Abs. 2 Sächs-AbwAG befugt, von den Eigentümern oder dinglichen Nutzungsberechtigten eines Grundstückes, auf dem Abwasser anfällt, oder von den Einleitern zur Deckung der ihm entstehenden Aufwendungen eine Abgabe zu erheben.
- ▶ Der AZV Kleine Spree betreibt auch die Anlagen der Regenwasserableitung und Teilortskanalisation seit 01.01.2017.

2. Wirtschaftliche Verhältnisse

Der AZV hat die Aufgabe der Schmutzwasserentsorgung in den 68 Orten und Ortsteilen der Mitgliedsgemeinden zu gewährleisten. Der Verband unterhält folgende Kläranlagen für die zentrale Entsorgung der aufgeführten Orte:

KA Großdubrau

Großdubrau, Quatitz, Jeschütz, Dahlowitz, Niedergurig, Magarethenhütte

KA Gutttau

Gutttau, Brösa, Lömischau, Wartha, Kleinsaubernitz, Baruth, Malschwitz, Halbendorf /Spree, Neudorf/Spree, Gleina (80%), Klix, Spreewiese, Rackel, Preititz und Kleinbautzen

KA Milkel

Mikel,

KA Crosta

Crosta (50%)

KA Cölln
Cölln

KA Lomske
Eigenheimsiedlung 50 EW zuzüglich 4 weitere Anschlüsse

KA Radibor
Radibor (90%)

KA Pließkowitz
Pließkowitz und Doberschütz

KA Zschillichau
Zschillichau 70%

3. Lagebericht des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree für das Jahr 2023

Vorwort

Der Abwasserzweckverband Kleine Spree ist für die zentrale Schmutz- und Regenwasserentsorgung in den Gemeinden Malschwitz, Großdubrau und Radibor mit insgesamt 68 Ortsteilen und rund 12.079 Einwohnern zuständig. Zum 31.12.2023 waren davon 8.688 Einwohner an das zentrale Abwassersystem angeschlossen. Zusätzlich werden etwa 1.100 Kleinklaranlagen durch den Verband überwacht. Die technischen Anlagen werden eigenständig betrieben, die Verwaltung erfolgt durch ein erfahrenes Team. Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss von 16.916,19 € erwirtschaftet.

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzerlöse beliefen sich 2023 auf 1.654.334,72 €, hinzu kamen sonstige betriebliche Erträge von 418.552,40 €, was zu Gesamterträgen von 2.072.887,12 € führte. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr resultierte aus zusätzlichen Anschlüssen in Kleinbautzen und Großdubrau, einer Gebührenerhöhung sowie höheren Einnahmen aus der Regenwasserbewirtschaftung.

2. Investitionen

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 1.796.377,75 € investiert:

- Regenwasserbereich: 1.504.769,91 €
- Schmutzwasserbereich: 258.762,97 €
- Abschreibungen: 792.396,18 €

2.1 Regenwasserkanalisation im Bau

Größtes Projekt war die Erschließung des Gewerbegebiets Margarethenhütte Großdubrau mit einem Investitionsvolumen von 1.222.187,79 €. Dafür wurden Fördermittel i. H. v. 1.114.173,00 € bewilligt.

Weitere Bauprojekte im Regenwasserbereich:

- Teilortskanalisation Brießnitz: 21.265,72 €
- Regenwasserleitung Sportplatz Großdubrau: 46.242,33 €
- Teilortskanalisation Jetscheba: 10.746,37 €

Fertiggestellte Projekte:

- Kleinbautzen 3. BA: Aktivierung 475.344,01 €
- Lippitsch Mittelweg: Aktivierung 57.303,43 €

Zugänge Regenwasserbereich: 1.541.839,93 € Abgänge (Aktivierungen): 569.715,46 €
Bilanzwert zum 31.12.2023: 1.412.595,71 € (+972.124,47 €)

2.2 Regenwasserkanalisation fertiggestellt

Kleinbautzen 3. Bauabschnitt:

- RW-Kanal: 180.630,72 €
- RW-Schachte: 114.082,57 €
- RW-Hausanschlüsse: 180.630,72 €

Lippitsch (Mittelweg):

- RW-Kanal: 29.461,46 €
- RW-Schachte: 13.874,78 €
- RW-Hausanschlüsse: 13.967,19 €

2.3 Schmutzwasserkanalisation im Bau

Investitionen:

- Kleinbautzen 2. BA: 216.165,09 €
- Schachtsanierung Wartha: 15.394,52 € Beide Maßnahmen wurden 2023 abgeschlossen:
- Kleinbautzen 2. BA: Aktivierung 1.034.037,57 €
- Wartha: Aktivierung 15.394,52 € Weitere Aktivierungen:
- Brehmer Weg Großdubrau: 8.557,85 €
- Pumpwerke Wartha, Kleinsaubernitz, Malschwitz: insgesamt 19.906,32 €

Zugänge: 231.559,61 €

Abgänge: 1.050.332,90 €

Bilanzwert zum 31.12.2023: 135.707,52 € (-818.773,29 €)

2.4 Zusammenfassung der Investitionen Schmutzwasser:

- Kanäle: 302.351,57 €
 - Schächte: 451.553,98 €
 - Hausanschlüsse: 252.143,27 €
 - Pumpwerke: 71.847,44 €
 - Veränderung Anlagen im Bau: -818.773,29 €
- = Gesamt: 258.762,97 €

•

Regenwasser:

- Kanäle: 210.092,18 €
 - Schächte: 127.957,35 €
 - Hausanschlüsse: 194.597,91 €
 - Veränderung Anlagen im Bau: +972.124,47 €
- = Gesamt: 1.504.769,91 €

Sonderposten im Bau (Fördermittel): 1.114.173,00 €

2.5 Sonstige Investitionen

- Geodaten (immateriell): 32.295,49 €
- Leitungsrechte: 187,38 €
- Keine weiteren Investitionen in Grundstücke, Gebäude oder Ausstattung.

Gesamtinvestitionen 2023: 1.796.377,75 €

Abschreibungen: 792.396,18 €

Anlagevermögen zum 31.12.2023: 27.405.776,82 € (+1.003.981,57 €)

3. Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2023 erfolgte keine Darlehensaufnahme.

Der Schuldenstand zum 31.12.2023 beträgt 7.574.699,82 € pro Einwohner 627,10 €. In 2023 wurden Anschlussbeiträge in Höhe von 137.060,00 EUR neu erhoben.

Dies betrifft vor allem die Neuanschlüsse in Kleinbautzen und Resterschließung Großdubrau.

4. Personal- und Sozialbereich

Der Abwasserzweckverband beschäftigt zum 31.12.2023 4 Mitarbeiter in der Verwaltung sowie 3 Technische Mitarbeiter und 1 geringfügig Beschäftigte. Die Betriebsführung der technischen Anlagen erfolgt mit eigenem Personal.

B. Darstellung der Lage und Ausblick

1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 beträgt 29.237.571,81 €. Das Anlagevermögen erhöhte sich durch laufende Bauprojekte um 1.003.981,57 €.

2. Finanzlage

Die Liquidität war durchgängig gesichert. Es wurden keine neuen Kredite aufgenommen, die Tilgung betrug 558.546,13 €.

3. Ertragslage

Der Jahresüberschuss beträgt 16.916,19 €, bei Gesamtaufwendungen von 2.009.542,09 € und Zinsaufwendungen von 46.428,84 €. Ursache für das stabile Ergebnis waren höhere Erlöse und gezielte Ausgabenkontrolle.

Neben den Umsatzerlösen in Höhe von 1.654.334,72 € (Vorjahr 1.587.792,87€) wurden sonstigem betrieblichem Ertrage in Höhe von 418.553,40 € (Vorjahr 340.031,66 €) erzielt. Hierin enthalten sind u.a. folgende Leistungen: Straßenentwässerungskosten der Gemeinden, Auflösung der Sonderposten, Erlöse aus sonstigen Erstattungen und Säumniszuschlägen

Die Personalaufwendungen betragen 387.672,29 € (Vorjahr 383.855,44 €). Die Abschreibungen belaufen sich auf 792.396,18 € (Vorjahr 775.745,63 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 829.473,62 € (Vorjahr 749.403,54 €)

Der Zinsaufwand beträgt im Geschäftsjahr 46.428,84 € (Vorjahr 24.813,47 €).

Es ergibt sich somit ein Positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 16.916,19 €.
(Vorjahr - 5.993,55 €)

4. Nach Bilanzstichtag / Ausblick

- Keine außergewöhnlichen Ereignisse nach Bilanzstichtag.
- Weitere Investitionen in Abstimmung mit den Kommunen geplant.
- Geschäftsführernachfolge eingeleitet (2024).
- Maßnahme Margarethenhütte 2.BA auf 2025 verschoben.

C. Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Der Erfolg des Abwasserzweckverbandes hängt maßgeblich von einer realistischen Bewertung strategischer und betrieblicher Risiken ab. Die aktuelle Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2020 bis 2024 wurde bereits 2022 infolge deutlich gestiegener Kosten für Energie, Ersatzteile und Klärschlamm Entsorgung angepasst.

1. Betriebsrisiken

Das Betriebsrisiko umfasst vor allem technische Störungen und Naturereignisse. Durch regelmäßige Wartungen, technische Überwachung und entsprechenden Versicherungsschutz konnten Ausfallrisiken bisher geringgehalten werden.

Ein weiterer Aspekt betrifft die rückläufige Bevölkerungsentwicklung, die zu sinkenden Erlösen führen kann.

Ein zentrales Thema bleibt die Klärschlammverwertung. Seit die Vererdung in Merka nicht mehr möglich ist, wird der Schlamm thermisch entsorgt - eine kostenintensive Lösung. Der Einsatz des Klärschlammes in Land- und Forstwirtschaft wird im Freistaat Sachsen nicht mehr zugelassen, obwohl der Schlamm umfangreich analysiert wird. Derzeit erfolgt die Entsorgung über die Firma Veolia, was im Jahr 2023 zu Mehrkosten von rund 28.000 € führte.

Steigende Energie- und Dieselpreise führten zu Mehrkosten von ca. 62.000 €.

Sämtliche bekannten Risiken fließen jährlich in die Gebührenkalkulation und Wirtschaftsplanung ein. Mit der Übernahme der TOK- und Regenwasserkanäle ab 2017 wurden die Kommunen bis 2022 vertraglich in die Risikotragung eingebunden. Die bewusst kurz gewählten Kalkulationszeiträume erlauben eine flexible Reaktion auf Veränderungen.

2. Rechtliche Risiken

Rechtliche Risiken bestehen aufgrund möglicher Änderungen von Gesetzen oder Verordnungen. Diese werden durch Genehmigungen der zuständigen Aufsichtsbehörden (z. B. Rechtsaufsicht, Umweltbehörden) soweit, wie möglich, abgesichert.

Ein Beispiel ist die geänderte Klärschlammverordnung, die zu weiteren Kostensteigerungen führen kann.

Die gesetzlich geforderte Umstellung der Abwasseranlagen bis Ende 2015 konnte vom Verband aufgrund fehlender Fördermittel nicht vollständig umgesetzt werden. Die letzte Maßnahme aus dem damaligen Abwasserbeseitigungskonzept ist mit dem Projekt in Kleinbautzen abgeschlossen.

Seit 2015 stehen keine Investitionszuschüsse mehr zur Verfügung. Umso wichtiger ist die enge Zusammenarbeit mit anderen Medienträgern (Wasser, Strom, Gas, Straße), um Synergien und Einsparungen zu erzielen.

3. Liquiditätsrisiken

Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit sind Mahnwesen, Stundungsregelungen und konsequentes Forderungsmanagement etabliert. Der Kassenkredit wurde 2023 nur vorübergehend in Anspruch genommen.

Zahlungsausfälle werden durch regelmäßige Kontrolle offener Posten sowie durch ein internes Frühwarnsystem überwacht. Bereits 2015 wurde ein Gerichtsvollzieher auf Minijob-Basis eingestellt, um Mahnverfahren effizient und rechtssicher zu bearbeiten. Sein Einsatz hat zur Reduzierung des Forderungsbestandes beigetragen.

4. Personalrisiken

Neben finanziellen Risiken bestehen auch organisatorische Herausforderungen. Der demografische Wandel betrifft nicht nur die Einwohner, sondern auch die Belegschaft. Ein möglicher Wissensverlust durch altersbedingte Fluktuation kann zu Engpässen führen.

Um dem entgegenzuwirken, sind gezielte Einarbeitungen und rechtzeitige Nachfolgeregelungen notwendig - dies verursacht mittelfristig höhere Personalkosten, die sich in den Gebühren bzw. Umlagen der Gemeinden niederschlagen werden.

5. Finanzielle Risiken

Zinssteigerungen und die Einstellung von Förderprogrammen (z. B. für Altanlagen) erhöhen den Druck auf zukünftige Investitionsentscheidungen. Seit dem Auslaufen der Altanlagenförderung im Jahr 2022 müssen Ersatzinvestitionen verstärkt mit kommunalen Partnern abgestimmt und mit langfristigem Weitblick geplant werden.

6. Technische Kontrolle und Wartung

Trotz des umfassenden Anlagenbestands ist der Aufwand für Instandhaltung dank präventiver Maßnahmen und strukturierter Wartungspläne angemessen. Das eingeführte Wartungsregime ermöglicht eine Nutzung der technischen Anlagen über die normale Abschreibungsdauer hinaus. Besonders die Teilortskanalisationen profitieren von der regelmäßigen Kontrolle.

7. Verwaltungsstruktur

In den vergangenen 30 Jahren wurden im Verbandsgebiet rund 45 Mio. € in die Abwasserinfrastruktur investiert. Zukünftig handelt es sich fast ausschließlich um Ersatzmaßnahmen.

Die geringe Fluktuation im Verwaltungsbereich sorgt für Kontinuität, birgt jedoch das Risiko, dass Erfahrungswissen ohne rechtzeitige Weitergabe verloren geht. Eine strukturierte Wissensübertragung sowie die Entwicklung eines zukunftsfähigen Personalmodells sind daher essenziell notwendig.

D. Aussichten für künftige Jahre und Vorgänge von besonderer Bedeutung

Die Gebührenkalkulation wurde zuletzt in den Jahren 2020 und 2022 überarbeitet und berücksichtigt notwendige Investitionen der kommenden Jahre.

Die ursprünglich angestrebte flachendeckende Umstellung aller Abwasseranlagen in Sachsen bis 2015 erwies sich als nicht umsetzbar. Dennoch konnte in unserem Verbandsgebiet ein Großteil der Grundstücke mit einer dauerhaft betriebenen Kleinklaranlage an den "Stand der Technik" angepasst werden.

Der Verband ist seitdem verpflichtet, ein Kataster über diese Anlagen zu führen und regelmäßige Überprüfungen sicherzustellen. Aktuell betrifft dies ca. 1.100 Kleinklaranlagen, die durch über 20 Wartungsunternehmen betreut werden.

Die Förderrichtlinie SWW 2016, die Ersatzinvestitionen in TOK- und RW-Kanäle bis Baujahr 1993 mit bis zu 50 % unterstützte, lief am 30.09.2021 aus. In der Folge konzentriert sich der Verband auf Ersatzmaßnahmen, die im Rahmen von Gemeinschaftsprojekten - insbesondere Straßenbaumaßnahmen - wirtschaftlich sinnvoll realisiert werden können.

Zukünftige Investitionen werden vor allem Maßnahmen betreffen, die durch Straßenerneuerungen oder medienträgerübergreifende Projekte ausgelöst werden. Eine vorausschauende Koordination mit den Kommunen ist dabei entscheidend.

4. Beteiligungen

Der AZV Kleine Spree unterhält keine Beteiligungen.

Großdubrau im November 2025

Sven Jatzke
Geschäftsführer

Ende des Beteiligungsberichtes der Gemeinde Malschwitz für das Jahr 2023

Malschwitz, den 22.12.2025



M. Seidel
Bürgermeister